

Niederschrift

über die 23. Sitzung
des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur
der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 04.09.2025, 18:00 Uhr
im Foyer der KGS Immendorf, Ringstr. 9-15, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Besichtigung des Schulgebäudes der Kath. Grundschule Immendorf
Vorlage: 3378/2025
2. Gewährung von Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW
Vorlage: 3380/2025
3. Anmeldeverfahren an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule und an der Städtischen Realschule
Vorlage: 3390/2025
4. Weitergewährung von Schülerfahrkosten beim Wechsel in die Oberstufe der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule
Vorlage: 3393/2025
5. Beratung und Entscheidung über den künftigen Standort der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft in Lindern
Vorlage: 3394/2025
6. Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

7. Beratung und Entscheidung über den künftigen Standort der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft in Lindern
Vorlage: 3392/2025
8. Anfragen

Anwesend waren:

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

1. Frau Ruth Thelen

Mitglieder

2. Herr Daniel Bani-Shoraka
3. Frau Karola Brandt
4. Herr Markus Diederer
5. Herr Christoph Grundmann
6. Frau Christina Hennen
7. Herr Mario Karner
8. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

9. Hans-Heinrich Bruckschen

- 10. Frau Ruth Bürsgens
- 11. Frau Vera Kohns
- 12. Herr Bernhard Kozikowski
- 13. Herr Jürgen Pallaske
- 14. Herr Sebastian Stasch
- 15. Herr Michael Trunkhardt Vertretung für Herrn Boris Schönfeld

Stellvertretendes Mitglied

- 16. Herr Franz-Peter Fröschen Vertretung für Herrn Hans-Jürgen Benden
- 17. Herr Michael Kappes Vertretung für Herrn Norwin Sommerfeld
- 18. Herr Willi Münchs Vertretung für Herrn Lars Speuser

Sachkundige/r Bürger/in

- 19. Herr Michael Bähr Vertretung für Herrn Kai Bürschgens
- 20. Frau Sabine Bock
- 21. Frau Toska Frohn
- 22. Frau Elena Gerads
- 23. Frau Pauline Kleinen
- 24. Herr Frank Paulus
- 25. Frau Melanie Savelsberg
- 26. Herr Friedhelm Thelen Vertretung für Frau Judith Jung-Deckers

von der Verwaltung

- 27. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
- 28. Herr Hermann-Josef Lehnen
- 29. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld ab 18:05 Uhr anwesend
- 30. Herr Beigeordneter Stephan Scholz bis 18:25 Uhr anwesend
- 31. Frau Anja Wallbaum
- 32. Frau Yvonne Wolf

Protokollführer

- 33. Herr Eric Commerscheidt

Entschuldigt:

Vorsitzende/r

- 34. Herr Hans-Jürgen Benden

Mitglieder

- 35. Frau Judith Jung-Deckers
- 36. Herr Norwin Sommerfeld
- 37. Herr Lars Speuser

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

- 38. Frau Melanie Candeago
- 39. Frau Sina Färber
- 40. Frau Pfarrerin Anne Lungová
- 41. Frau Annette Maxheim
- 42. Herr Heinz Pütz
- 43. Frau Susanne Rinsche
- 44. Herr Boris Schönfeld

Sachkundige/r Bürger/in

- 45. Herr Kai Bürschgens

Die stellv. Vorsitzende Thelen begrüßte alle Anwesenden. Sie stellte fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung erhoben wurden. Sie verlas die entschuldigten Mitglieder und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Bani-Shoraka beantragte für die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen den TOP Ö5 sowie TOP N7 abzusetzen.

Die stellv. Ausschussvorsitzende stellte den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Besichtigung des Schulgebäudes der Kath. Grundschule Immendorf

3378/2025

Die Schulleiterin der KGS Immendorf, Frau Kohns führte durch die Schule.

Die stellv. Ausschussvorsitzende Thelen bedankte sich für die Ausführungen der Frau Kohns. Sie fasste kurz zusammen, dass die Schule über ausreichend Platz verfüge. Gewünscht sei in den nächsten Jahren die Überarbeitung des Schulhofes und die Beschattung der Klassenräume.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine weiteren Wortmeldungen.

Zur Kenntnis genommen.

TOP 2 Gewährung von Vergünstigungen im Rahmen der Ehrenamtskarte NRW

3380/2025

Herr Brunen erklärte kurz die Inhalte der Vorlage.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Änderungen der Eintrittspreisregelung für das Gelobad sowie der Benutzungs- und Gebührenordnung für die Stadtbücherei Geilenkirchen werden wie vorgeschlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Anmeldeverfahren an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule und an der Städtischen Realschule

3390/2025

Der Erste Beigeordnete Brunen führte kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Die CDU-Fraktion erfragte, wann der nächste Schulentwicklungsplan fertig sei. Der aktuelle gelte bis zum Schuljahr 2026/2027. Herr Brunen teilte mit, dass es im Schulentwicklungsplan einen Rückblick auf die vergangenen zwei bis drei Jahre gebe und dann die nächsten fünf Jahre vorgeplant würden. Die Einbringung des Schulentwicklungsplanes sei für die erste Sitzung des BSSK am 20.11.2025 geplant.

Herr Bruckschen schlug vor, eine Entscheidung über das Anmeldeverfahren erst nach Vorlage des Schulentwicklungsplans zu treffen.

Herr Brunen teilte mit, dass die Frist zur Meldung eines vorgezogenen Anmeldeverfahrens durch die Bezirksregierung üblicherweise Mitte November gesetzt werde. Im Falle einer Beschlussfassung erst in der nächsten Sitzung sei diese Frist abgelaufen. Fraglich sei ob die Bezirksregierung eine Fristverlängerung gewähre.

Die Bürgerliste-Fraktion teilte mit, keine Notwendigkeit für ein vorgezogenes Anmeldeverfahren zu sehen. In dieser Form könnten beide Schulen gut nebeneinander existieren.

Die CDU-Fraktion teilte mit, anderer Ansicht zu sein. Seit Bestehen habe die Gesamtschule immer wieder Überhänge. Das habe sich auch nicht geändert. Die Entscheidung solle erst nach Vorlage des Schulentwicklungsplanes getroffen werden. Stadtverordneter Weiler beantragte daher für die CDU-Fraktion den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertragen.

Die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen teilte mit, dass sie ebenfalls keinen Nachteil bei einem zeitgleichen Anmeldeverfahren sehe. Einen Nachteil gebe es vornehmlich in Großstädten. Dort könnten bei zeitgleichem Anmeldeverfahren Kinder teilweise nicht im Wohnortstadtteil untergebracht werden und müssten dann in anderen, teils weit entfernten, Stadtteilen beschult werden. Dieses Problem sei in Geilenkirchen schon aufgrund der Stadtgröße und den Entfernungen der Schulen untereinander nicht gegeben. Die Fraktion sehe viel mehr das Problem, dass Kinder möglicherweise an der Gesamtschule angemeldet würden, nur um sicherzustellen, dass das Kind die freie Auswahl zwischen den Schulen habe, nicht weil die Schulform die geeignetste für das Kind sei.

Die Bürgerliste teilte mit, dass bei gleichzeitigem Anmeldeverfahren die Schulen in einem gesunden Wettbewerb zueinander stünden. Wenn die Eltern nicht unter Druck stünden, könne die Entscheidung für die passende Schulform einfacher getroffen werden. Sie sehe daher keinen Grund einer Schule einen Vorteil zu geben.

Herr Bruckschen gab zu bedenken, dass die Vorlage die Problematik nicht ausreichend aufzeige. In diesem Jahr seien 49 Kinder abgelehnt worden. Beide Schulen hätten unterschiedliche Schulformen, sowohl was die Konzeption als auch mögliche Abschlüsse angehe. Die Schulen seien somit nicht vergleichbar. Auch bei einem vorgezogenen Anmeldeverfahren seien die Eltern in der Lage sich bewusst für die passende Schulform zu entscheiden. Die Eltern würden teils panisch reagieren, wenn das Kind nicht den Platz an der gewünschten Schulform erhalte. Hierdurch steige auch der Klagewille der Eltern. Dies sei einer der größten Nachteile des gleichzeitigen Anmeldeverfahrens, da die Eltern das Kind so auch nicht auf einer anderen Gesamtschule anmelden könnten. Der Schulträger sei dafür verantwortlich, dass alle Kinder einen Schulplatz bekommen.

Die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen erfragte, ob es Kinder gebe, die keinen Schulplatz erhalten würden. Herr Brunen teilte mit, dass dies nicht der Fall sei, da alle Kinder, die keinen Platz an der Gesamtschule erhalten würden, sich an der Realschule anmelden könnten.

Die CDU-Fraktion ergänzte, dass Eltern die sich bewusst für die Realschule entscheiden würden, die Kinder ohnehin dort anmelden würden und gar nicht auf die Idee kämen das Kind an der Gesamtschule anzumelden. Sie warb erneut dafür die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Bürgerliste fragte an, ob es im vergangenen Jahr eine Zunahme an Klagen gegeben habe. Herr Bruckschen teilte mit, dass die schriftlichen Eingaben auf Ablehnungsbescheide angestiegen seien. Hierbei würde entweder das Verfahren als solches oder aber die Vergabekriterien angegriffen. Da das Anmeldeverfahren jedoch in aller Regel gerichtsfest zulässig ablaufe, könne das Verfahren normalerweise mit der Darlegung der Vergabekriterien und Erklärung des Verfahrens den Eingaben beendet werden.

Herr Brunen betonte, dass die Klagen sich nicht gegen den Schulträger, sondern gegen die Schule richten würde. Frau Ritzerfeld ergänzte, dass Eltern sich auch oft an sie wenden würden, in der Regel sei aber dann mit der Darlegung des Verfahrens, dieses auch beendet. Klagen habe es in diesem Jahr nicht gegeben. Herr Bruckschen teilte mit, dass in diesem Jahr alle Eingaben mit Bezirksregierung und Schule geregelt werden konnten. Dennoch sei die Bearbeitung der Eingaben mit massivem Arbeitsaufwand verbunden. Im vergangenen Jahr habe es einige Klagen gegeben.

Herr Stasch teilte mit, dass das gleichzeitige Anmeldeverfahren große Vorteile für die Realschule gebracht habe. Vor drei Jahren habe die Realschule 320 Schüler beschult. Nun seien es bereits über 500 Schüler. Die Vierzügigkeit konnte hergestellt werden und die Realschule werde auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr nur als der letzte Ausweg angesehen. Mit dieser Stärkung der Realschule würden auch die Schüler gestärkt, sodass nach der 10. Klasse nun auch viele Schüler in die Sekundarstufe II entlassen werden können.

Die SPD-Fraktion plädierte für ein zeitgleiches Anmeldeverfahren.

Zunächst stellte die stellvertretende Ausschussvorsitzende den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	9
Enthaltung:	1

Mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wurde über den eigentlichen Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Anmeldeverfahren an der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule und an der Städtischen Realschule sind für das Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2026/2027 zeitgleich zu gestalten. In den Folgejahren sind die Erkenntnisse aus der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes in die Entscheidung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	9
Enthaltung:	0

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4 Weitergewährung von Schülerfahrkosten beim Wechsel in die Oberstufe der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule

3393/2025

Herr Brunen führte kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Geilenkirchen übernimmt für die Schülerinnen und Schüler mit Wohnort in Nachbarkommunen auch dann die notwendigen Schülerfahrkosten zur Anita-Lichtenstein-Gesamtschule, wenn sie von der Mittel- in die Oberstufe wechseln und der Anspruch nach der Schülerfahrkostenverordnung nur aufgrund Unterschreitens der Entfernungsgrenze von 5,0 km zur nächstgelegenen Gesamtschule entfällt. In diesen Fällen ist auf die Entfernung zwischen Wohnung und Anita-Lichtenstein-Gesamtschule abzustellen. Diese Regelung kann zu Beginn eines jeden Schuljahres wieder aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	19
Nein:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig beschlossen.

TOP 5 Beratung und Entscheidung über den künftigen Standort der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft in Lindern

3394/2025

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Zurückgestellt.

TOP 6 Anfragen

Die Bürgerliste Fraktion stellte fest, dass der Schulhof der KGS Immendorf sehr uneben sei und wenig Aufenthaltsqualität biete. Die Fraktion erfragte, ob dieser in der nächsten Zeit umgestaltet werden könne.

Frau Wallbaum antwortete, dass es hierzu zwar Ideen gebe, diese aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht spruchreif seien.

Weiter wollte die Fraktion wissen, ob auch in anderen Gebäuden eine Sanierung notwendig sei und ob man hierrüber eine Liste erhalten könne.

Bürgermeisterin Ritzerfeld stellte fest, dass es natürlich einen Sanierungsstau gebe. Im Rahmen der Haushaltsplanungen würden die geplanten Maßnahmen dargestellt. Sie wies jedoch darauf hin, dass Maßnahmen unter haushalterischen und personellen Gesichtspunkten kritisch betrachtet werden müssten.

Die Fraktion bat darum dennoch gezielt aufzulisten wo Bedarfe zur Sanierung gegeben sind.

Die stellv. Ausschussvorsitzende empfahl der Bürgerliste, in der nächsten Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag zu stellen.

II. Nichtöffentlicher Teil

TOP 7 Beratung und Entscheidung über den künftigen Standort der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft in Lindern

3392/2025

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Zurückgestellt.

TOP 8 Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Die Sitzung endete um 19:30 Uhr.

Ruth Thelen
Vorsitzende

Eric Commerscheidt
Schriftführer